



**Deutscher
Behindertenrat**

Sekretariat:

Sozialverband VdK Deutschland e. V.
Linienstraße 131
10115 Berlin
Tel.: 030/9210 580-0
Fax: 030/9210 580 - 310

Das Aktionsbündnis
Deutscher Behindertenverbände

Pressestelle:

Tel.: 030/9210 580 - 302
E-Mail: dbr2020@vdk.de

Pressemitteilung

Berlin, 05. Mai 2020

DBR fordert: Menschen mit Behinderung müssen in Corona-Pandemie berücksichtigt werden

- Menschen mit Behinderung müssen am Leben teilhaben
- Digitale Barrieren beseitigen

Nach massiven Protesten ist das Reha- und Intensivpflegestärkungsgesetz (RISG) vom Tisch. Betroffene und Verbände fürchteten im Sommer, dass Menschen mit Behinderungen durch das Gesetz aus der eigenen Wohnung ins Pflegeheim gezwungen werden. Jetzt legte Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) einen neuen Gesetzentwurf vor: Das Gesetz zur Stärkung der intensivpflegerischen Versorgung und Rehabilitation in der GKV (IPReG).

Anlässlich des Europäischen Protesttags zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung am 05. Mai mahnt der Deutsche Behindertenrat (DBR) an, bei allen notwendigen Maßnahmen aufgrund der Corona-Pandemie, Menschen mit Behinderung und ihre Situation immer mitzudenken und in den Regelungen zu berücksichtigen.

„Die mit der Pandemie verbundenen Einschränkungen im täglichen Leben treffen alle Menschen. Es zeigt sich aber, dass Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen in allen Altersstufen besonders von den Maßnahmen zur Corona-Eindämmung betroffen sind.“ so Verena Bentele, DBR-Sprecherratsvorsitzende und VdK-Präsidentin.

Die Besuchs- und Ausgangsbeschränkungen bedeuten für viele behinderte Menschen mehr Ausgrenzung denn je. Sie bleiben zu Hause oder in stationären Wohnformen, können z. T. nicht zur Arbeit und müssen auf Besuch verzichten, weil

sie vor Corona geschützt werden sollen. Viele Möglichkeiten der Freizeitgestaltung fallen weg, Kontakte zu Freunden und Familie werden stark eingeschränkt.

Forderungen danach, dass für Menschen mit Behinderung, chronisch Kranke oder Ältere zu ihrem eigenen Schutz strenge Regeln beibehalten werden sollen und dafür im Gegenzug für den Rest der Bevölkerung weitreichende Lockerungen gelten könnten, erteilt der DBR eine klare Absage. „Alle Menschen sollten sich an die im Moment notwendigen Regeln des Zusammenlebens halten. Mit Schutzkleidung und Hygiene-Standards für alle Menschen muss es möglich sein, dass auch alle Menschen an der Gesellschaft teilhaben können. Menschen mit Behinderung und andere Personengruppen aus dem gesellschaftlichen Leben auszuschließen, wäre inakzeptabel und mit den Verpflichtungen der UN-Behindertenrechtskonvention nicht vereinbar“, so Verena Bentele.

Insbesondere in der Pandemie-Zeit wird deutlich, dass sich Barrieren, auch digitale Barrieren vervielfachen. Der Deutsche Behindertenrat erinnert an seine Forderung nach vollständiger Barrierefreiheit für alle Bereiche, die von Digitalisierung betroffen sind. Das gilt für Inhalte und aktuelle Informationen zur Pandemie in Dokumenten, auf Webseiten und bei Pressekonferenzen. Diese müssen für alle Menschen mit Behinderung zugänglich sein. Das gilt aber auch für Software und mobile Apps von Bestellplattformen und Lieferservices, auf die viele Menschen derzeit zurückgreifen müssen. Der sogenannte „European Accessibility Act“ muss bis zum 28. Juni 2022 in nationales Recht umgesetzt sein. Die digitale Barrierefreiheit betrifft den gesamten Online-Handel, der mit dieser Richtlinie umfasst wird. „DBR fordert seit langem eine gesetzliche Verpflichtung zur Barrierefreiheit, die auch private Anbieter von Gütern und Dienstleistungen ohne Ausnahmen verpflichtet“, so Bentele „Die Pandemie zeigt, dass diese Forderung berechtigt ist. Wenn schon Kontaktbeschränkungen bestehen, ob selbstgewählt oder angeordnet, muss wenigstens die eigene Versorgung, auch flächendeckend digital barrierefrei möglich sein“.

Der DBR ist ein Aktionsbündnis der Behindertenverbände, Selbsthilfe- und Selbstvertretungsorganisationen in Deutschland und engagiert sich seit vielen Jahren für die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Im DBR haben sich über 140 Organisationen behinderter und chronisch kranker Menschen vereinigt. Das Bündnis repräsentiert über 3 Millionen Betroffene. Für das Jahr 2020 hat der Sozialverband VdK Deutschland (VdK) den Vorsitz im Sprecherrat des DBR übernommen. Vorsitzende des Sprecherrats ist VdK-Präsidentin Verena Bentele.